

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenblatt und Montag als Abendblatt mit den Unterhaltungsbeilagen „Dreie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“.

Die beigefaltene Kompartimentskarte oder deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Unterartensteuer. Kleine Anzeigen: Das Letztgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Unterartensteuer.

Verkehrs-Zentrum 152 00—153 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Diktatur des Kapitals

Von Arthur Döwals

Wir entnehmen nachstehenden Artikel der demnächst erscheinenden Nummer „Miser Wien“.

Seit drei Jahren hat die deutsche Republik eine fäulerlich paragrafisierte und feierlich beschlossene Verfassung, nach der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Alle Männer und Frauen haben das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichsparlament, das die Reichsgesetze zu beschließen hat.

Drei Jahre sind ein Zeitraum, in dem schon mancherlei getan werden kann, zumal wenn die längste Zeit davon eine Koalitionsregierung am Ruder ist, die sich in der Hauptsache aus vurgerichteten Demokraten und Rechtssozialisten zusammensetzt, die ja wohl alles tun, den papierernen Bestimmungen der Verfassung Hint und Leben zu geben. Da nun die Republik gar noch einen Rechtssozialisten zum Reichswirtschaftsminister hat, nämlich Herrn Robert Schmidt, so ist es wohl berechtigt, anzunehmen, daß während dieser drei Jahre eine gründliche Umgestaltung in Deutschland herbeigeführt worden ist.

Am 23. Mai 1922 schreibt jedoch der sozialdemokratische Berliner „Vorwärts“, die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft könne durch Gesetze zwar beeinflusst, niemals aber ihres wahren Charakters entleidet werden. Mit anderen Worten: der Stimmzettel, den die Rechtssozialisten sonst so verehren, wie wilde Völkerschwärme ein Amulett, ist kein Allheilmittel. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hatte am Tage zuvor im Reichstage gesagt, es sei eine irrtümliche Auffassung, wenn man glaube, die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung durazirgendwelche gesetzgeberische Maßnahmen stark beeinflussen zu können. Durch Gesetze sei es nur möglich, Auswüchse zu beseitigen. Robert Schmidt erwähnte auch, daß die Kartelle und Syndikate in einem bisher ungeahnten Maße gewachsen und daß sie die Preisbildung nicht nur nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern vielmehr entsprechend ihrer Macht betreiben, d. h. ihre Profitsucht maßgebend sein lassen.

Was der rechtssozialistische Reichswirtschaftsminister hier zum Ausdruck bringt, ist gewiß nichts Neues. Man könnte sich daher über seine Einsicht freuen. Aber es ist nicht Einsicht, was aus ihm spricht, es ist das vielmehr eine Anrede dafür, weil er sich völlig passiv verhalten hat. Seit Jahresfrist werfen nämlich die Händler dem Reichswirtschaftsministerium unverblich vor, daß in ihm die Industrie beherrschenden Einfluß habe, daß es die Diktatur der Unternehmertum begünstige und vergönne. In der Tat läßt sich nicht leugnen, das Reichswirtschaftsministerium hat bisher alles, was an gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Diktatoren im Wirtschaftsleben getan werden könnte, abzuwehren verstanden. Die Sozialdemokratie verlangt programmatisch eine staatliche Kontrolle der Kartelle usw., die Zentrumsparlei wünscht eine gesetzliche Aufsicht über Kartelle, Syndikate und ähnliche Vereinigungen. Im Reichsrat und im Reichswirtschaftsrat ist schon im vorigen Jahre verlangt worden, die Regierung möge erwägen, in welcher Weise die aus dem Mißbrauch von Monopolstellungen erwachsenden Schädigungen der Volkswirtschaft, insbesondere die diktatorische Auserlegung unbilliger Preis- und Abgabebestimmungen auf die Verbraucher, die Händler und die Verbraucher, abgewehrt werden können. Was sich die Industriekapitalisten leisten, kann man fast alle Tage in den Zeitungsseiten der Textilwarenhändler lesen, die sich verpflichten sollen, jeden Preis zu zahlen, den die Textilwarenfabrikanten nachträglich diktatorisch festsetzen. Das Zigarettenkartell verlangt jetzt von den Händlern die schriftliche Zusage, daß diese erstens nur Kartellzigaretten verkaufen, zweitens diese Kartellzigaretten nicht unter den ihnen vorgeschriebenen Preisen abgeben, drittens sich verpflichten, ihre Geschäftsbücher und Briefschaften sowie sonstige Unterlagen auf Verlangen des Zigarettenkartells jederzeit einem „Vertrauensmann“ vorzulegen, viertens etwaige Rechtsstreitigkeiten mit dem Zigarettenkartell nicht vor den bürgerlichen Gerichten zum Austrag zu bringen, sondern sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, dessen Mehrheit vom Zigarettenkartell bestimmt wird. Danach wären Händler und Konsumenten vollständig den Fabrikanten ausgeliefert. Robert Schmidt aber sagt, die Staatsgewalt sei demgegenüber ohnmächtig.

Nun ist zweifellos richtig: durch die Strafjustiz ist den Diktatoren im Wirtschaftsleben schwerlich beizukommen, weil sich die Justizbehörden ihnen gegenüber in Dauerstreik befinden. Würden etwa Arbeitergewerkschaften ähnliche Maßnahmen treffen, um die Arbeiter in die Organisationen zu zwingen, um einseitig gewisse Mindestlöhne festzusetzen und solchen Arbeitern die fernere Beschäftigungsmöglichkeit zu nehmen, die unter dem vorgeschriebenen Lohn gearbeitet haben — dann würde eine lebhaftige Bewegung unter dieselben Justizbehörden kommen, denn wie könnten sie derartige Verfehlungen gegen die Erpressungs- und Nötigungsparagrafen ungerochen lassen? Ob ein Verbrechen oder Vergehen vorliegt, wird im heutigen Klassenstaat mitunter weniger danach beurteilt, was getan worden ist, sondern wer es getan hat. Wie leistungsfähig die Justiz sein kann, hat vor kurzer Zeit ein rheinisches Gericht gezeigt, indem es einen Bergmann wegen Preiswuchers verurteilt hat, weil er die in seinem rechtmäßigen Besitz befindlichen Kohlen zum Preise von 15 (fünfzehn) Mark pro Zentner, also weit unter dem Marktpreis veräußert hatte. Im Vergleich ist es von alters üblich gewesen, den Arbeitern einen Teil des Lohnes in Naturalien (Deputatkohlen) auszugeben, die ihnen heute wie früher zum Preise von 50 Pfennigen pro Zentner angerechnet werden. Einen Teil dieser Kohlen hatte der Bergmann für 15 Mark

Der neue Kriegsschauplatz

Offensive der Kemalisten

(E.C.) London, 9. Juni

Der „Daily Express“ läßt sich aus Konstantinopel melden: Die Nachrichten aus Angora besagen, daß die Kemalisten eine kräftige Offensive im Abschnitt Esli Saghir beginnen. In Konstantinopel griechischen Kreisen konnte man bisher keine Bestätigung dieser Nachricht erlangen. Die Angoraregierung proklamiert, daß Anatolien einer der Vizekönigreiche des Kapallvertrages werden solle, daß Angora in Zukunft völlig unabhängig sein und der Souveränität des Sultans nicht mehr unterstehen solle.

(E.C.) Paris, 9. Juni

Das griechische Informationsbüro in Paris veröffentlicht folgende Erklärung: Mit Bezug auf die Nachricht von der Beschießung des Hafens von Samsun durch die griechische Flotte glaubt das Informationsbüro erklären zu müssen, daß dieser Hafen, der von den Kemalisten mit großkalibrigen Geschützen besetzt war, die von ehemaligen russischen Festungen im Kaukasus herrührte, als Unterschlupf für türkische und bolschewistische Seeüberdient. Die Kemalisten haben erst unlängst mehrere griechische Schiffe im Schwarzen Meere gelapert. Außerdem ist diese Beschießung auch eine Folge der Revolten, die von kemalistischer Seite gegen das griechische Element in dieser Hafenstadt fortgesetzt gegangen wurden.

Endlose Tagungen

Paris, 9. Juni

Der internationale Anleiheauschuss ist heute nachmittags 3 1/2 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten.

Paris, 9. Juni

Der internationale Anleiheauschuss hat seine Beratungen heute abend auf morgen 11 Uhr vormittags vertagt.

Paris, 9. Juni

Die Reparationskommission hat sich in einer Vormittagsitzung heute mit den Sachlieferungen an Südastien und Belgien beschäftigt.

Paris, 9. Juni

Die Nachricht des „Journal“, daß das Garantiekomitee bereits am Dienstag die Reise nach Berlin antreten werde, bestätigt sich nicht. „Temps“ hält es indessen für wahrscheinlich, daß das Komitee in der Tat nächste Woche zu einem längeren Aufenthalt nach Berlin überfliegen werde. Heute nachmittags verhandelte das Komitee in dieser Angelegenheit.

Nur eine Milliarde Dollar!

(E.C.) Mailand, 9. Juni

Nach dem Pariser Vertreter des „Corriere della Sera“ geht die allgemeine politische Meinung dahin, daß der in Paris tagende Bankierauschuss die Gewährung einer verhältnismäßig geringen Anleihe von höchstens einer Milliarde Dollar an Deutschland vorschlagen

werde, um Deutschland die im Laufe des Jahres fälligen Zahlungen zu gestatten. In diesem Falle werden die Bankoperationen direkt zwischen den fremden Bankiers und Deutschland ohne jede Garantie der Alliierten beschlossen.

Der „Temps“ zur Anleihefrage

(E.C.) Paris, 9. Juni

Der „Temps“ kommentiert die Anleihefrage in folgender Ausführung: Bevor das Komitee Morgen auseinandergeht, möchten wir sagen, was wir wollen und was wir nicht wollen. Wir wollen nicht, daß man gegenwärtig unter den Alliierten an eine Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld schreiet oder daß man eine solche verspricht, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Es ist unmöglich, gegenwärtig die Zahlungsfähigkeit abzuschätzen, die Deutschland in einigen Jahren haben wird;
2. es gibt in Deutschland genügend Sicherheiten, um jetzt schon eine Anleihe auszugeben, ohne daß zuvor der Betrag der Reparationen herabgesetzt wird.

Wir wollen nicht, daß Frankreich in eine Art Mandat hineingezogen werde. Frankreich will sich nicht einer Kombination anschließen, wodurch die Ausgabe einer Anleihe der Herabsetzung der deutschen Schulden und diese der Herabsetzung des amerikanischen Guthabens untergeordnet ist. Es würde als ein Druck der europäischen Nationen auf Amerika erscheinen. Wir sind der Ansicht, daß die Nationen zusammenarbeiten sollen, um alle Schulden zu bezahlen und nicht, um diese zu verteuern. Wir hoffen, daß unsere Haltung in Washington verstanden wird.

Rolle bei Poincaré

Paris, 9. Juni

Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag den Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Nollet, und den Apostolischen Nuntius in Paris, Monsignore Ceretti, empfangen.

Zuerst: Revision des Friedensvertrags

(E.C.) Rom, 9. Juni

In einer eindrucksvollen Rede über die auswärtige Politik stellte der sozialistische Abgeordnete Treves die Regierung vor die Wahl einer Politik der Unterdrückung der besiegten Mächte und eine Politik der Abrüstung und wirtschaftlichen Einigung Europas. Die erste Tat müsse die Revision der Friedensverträge sein, das übrige werde unter dem Druck der Arbeitermasse von selbst kommen. Der Ausgleich zwischen Oden und Wehen sei an der unverjährlichen Dation Frankreichs gescheitert, das nicht auf seine russischen Darlehen verzichten wollte. Diese Gelder hätten jedoch nur den Zweck gehabt, das französisch-russische Bündnis für die Revanche gegen Deutschland zu erhalten. Man müsse endlich anerkennen, daß die Siegespolitik und die Bekämpfung der Revision der Friedensverträge nicht mehr durchführbar seien. Wenn die Entente auf der Forderung des Versailler Vertrages beharre, werde der deutsch-russische Vertrag zu einem Revancheabkommen, denn das Bündnis bilde einen mächtigen Anreiz zum Kriege.

pro Zentner verkauft, und daher die Strafe. Es läßt sich also mit den Gesetzen nicht nur etwas machen, sondern sogar noch viel mehr tun, als drin steht — wenn man die Richter dazu hat. Damit machen wir den Richtern nicht den Vorwurf einer bewussten Rechtsbeugung, sprechen vielmehr nur aus, daß ihre Gedankenwelt entsprechend ihrer Erziehung und Fachbildung ganz der noch herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung entspricht. Das darf aber für den Reichswirtschaftsminister kein Grund sein, seinerseits nicht die Ausgaben zu erfüllen, die ihm obliegen. Niemand erwartet dabei von ihm, daß Wirtschaftslösen unter allen Umständen durch Strafgesetze regeln zu wollen.

Das Wachstum der Kartelle geschieht heute noch unter heftigen Streitigkeiten der verschiedenen Kapitalistengruppen (Fabrikanten, Großhandel und Einzelhandel). Und sonderbar: derselbe Reichswirtschaftsminister, der nichts tun kann, wenn es sich darum handelt, die Konsumenten vor den Kartellen zu schützen, verweist bei etwaigen Streitigkeiten der Kapitalisten untereinander an die Kartell-Einigungungstelle, die vom Reichsverband der deutschen Industrie, dem Zentralverband des deutschen Großhandels und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels gebildet wird. Hier sollen sich alle

